

Politische Positionen der Katholischen Elternschaft Deutschlands im Bereich „Bildung“



Unsere Überzeugungen

Ganzheitliche Bildung

Die Katholische Elternschaft Deutschlands (KED) hat ein ganzheitliches, christliches Bildungsverständnis, nach dem jeder Mensch mit reichen und vielseitigen Anlagen beschenkt ist. In Erziehung und Bildung kommt es darauf an, all diese kognitiven, emotionalen, sozialen, kreativen und körperlichen Anlagen unter besonderer Berücksichtigung der religiösen Dimension des Menschen zu wecken und zu fördern.

Elternmitwirkung

Die Erziehung der Kinder ist das natürliche und zudem grundgesetzlich verankerte Recht der Eltern. Die Rechte der Eltern als Erziehungspartner im Zusammenwirken mit Lehrern und Erziehern in Schule und Tagesbetreuungseinrichtungen und als Beteiligte an Entscheidungen in den Bildungseinrichtungen müssen daher nicht nur gewährleistet sein, sondern auch gefördert werden.

Gerechtigkeit

Das christliche, grundgesetzlich verankerte Prinzip der Menschenwürde beinhaltet auch, dass kein Kind in unserem Bildungssystem verloren gehen darf. So ist jedes Kind gemäß seiner Fähigkeiten und Fertigkeiten individuell zu fördern. Denn Bildung ist der Schlüssel zu den vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten eines Menschen und Voraussetzung für selbst bestimmte gesellschaftliche und politische Teilhabe.

Die größten Hindernisse für Bildung und soziale Integration in unserer Gesellschaft sind Armut und geringe Schulbildung der Eltern. Zu den Risikogruppen gehören insbesondere arbeitslose Eltern, allein erziehende Eltern und Eltern mit Zuwanderungsgeschichte. Auch gibt es Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts oder aufgrund von Behinderung. In diesen Bereichen ist Bildungspolitik besonders gefordert.

Bildung sichert unsere Zukunft

Bildung hat existentielle Bedeutung für die ökonomische und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft und für den Erhalt der uns anvertrauten Schöpfung.

Unsere Forderungen

auf allen Ebenen

- Förderung der Elternbildung zur Stärkung von Erziehungskompetenz und Elternbeteiligung. Dabei müssen Schwerpunkte bei Risikogruppen gesetzt werden.
- Verbesserung der demokratischen Strukturen von Elternvertretungen in Schule und Kinderbetreuungseinrichtungen im Sinne einer Erziehungspartnerschaft.
- Einbeziehung des Elternwillens in die bildungspolitischen Entscheidungen.
- Der Benachteiligung junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unseren Bildungseinrichtungen ist entgegenzuwirken.
- Bekenntnis zum verfassungsrechtlich garantierten konfessionellen Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach, denn religiöse Bildung ist identitäts- und sinnstiftend und fördert Toleranz und Verständigung.
- Verbesserung der Durchlässigkeit des Schulsystems, insbesondere von unten nach oben, und des Übergangs von der Schule in die berufliche Ausbildung.
- Gestaltung von Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen mit ganzheitlichem Ansatz. Außerschulische Partner sollten im außerunterrichtlichen Bereich einbezogen und auf gleicher Augenhöhe mitwirken dürfen.

auf der Bundesebene

- Materielle Unterstützung für arme Kinder z.B. durch Neubemessung der Kinderregelsätze, die sich am tatsächlichen Bedarf der jeweiligen Lebensaltersphasen orientieren.
- Umsetzung der Ziele des Bildungsgipfels, insbesondere Orientierung der Bildungs- und Forschungsausgaben in Deutschland am Bruttoinlandsprodukt mit einem Anteil von mindestens 10 %.
- Koordinierte Bildungsplanung von Bund, Ländern und Kommunen. Der Bund sollte Länder und Kommunen unterstützen, damit die angestrebten Ziele zur Gewährleistung von gesamtdeutschen Bildungsstandards auch erreicht werden können.

auf den Länderebenen

- Gewährleistung ganzheitlicher individueller Förderung im Elementarbereich und in Schulen. Kognitive, emotionale, soziale, kreative und motorische Fähigkeiten müssen gleichermaßen auch unter Berücksichtigung der religiösen Dimension des jungen Menschen gefördert werden.

- Besondere Anstrengungen verdient die Aufhebung der sozialen Benachteiligungen aufgrund von Armut, Zuwanderungsgeschichte, geringer Schulbildung der Eltern, Geschlecht oder Behinderung.
- Jedem Kind einen qualifizierten Schulabschluss!
- Erhalt und Ausbau konfessioneller-Bildungseinrichtungen und –angebote, deren Ziel die wertgebundene Erziehung und Bildung und die Stärkung von Dialogfähigkeit, Toleranz und Solidarität ist.
- Fairer Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Schulen. Es ist wünschenswert, dass Eltern eine Wahl zwischen Ganztags- und Halbtagschule haben, und dass durch die finanzielle Ausstattung von Schulen in Kirchlicher Trägerschaft diese auch für Eltern mit geringem finanziellen Spielraum erreichbar bleiben.
- Flächendeckende Sprachstandserhebungen und verpflichtende Sprachförderung vor der Schule bei festgestelltem Bedarf.
- Beitragsfreiheit im Elementarbereich nach Sicherung ausreichender Qualitätsstandards.
- Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit in allen Bundesländern.
- Angesichts des drohenden Fachkräftemangels und veränderter Anforderungen Ausbau der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erziehern und Lehrern in den Bereichen „individuelle ganzheitliche Förderung“, „Elternarbeit“ und „Familienbildung“.
- Überprüfung der Arbeitsbedingungen von Pädagogen mit dem Ziel, Verbesserungen und Erleichterungen herbeizuführen.

auf der kommunalen Ebene

- Vernetzung zwischen Elementarbereich und Schule.
- Vernetzung der Bildungseinrichtungen mit anderen professionellen Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit. Dabei sollten auch Konzepte Berücksichtigung finden, die Eltern als Akteure einbeziehen und die den Erfahrungsschatz älterer Menschen nutzen.
- Unterstützung von Nachbarschafts- und Familienzentren sowie Mehrgenerationenhäusern und deren Vernetzung mit Kindertageseinrichtungen und Regelschulen.
- Vernetzung mit Akteuren aus Wirtschaft, Sport und Kultur vor Ort.

Bundesverband der Katholischen Elternschaft Deutschlands (KED)

Bonn, im März 2010